



Schweizer Bundesrätin Widmer-Schlumpf, Finanzminister Schäuble: Kein Geld für neue CD-Käufe

STEUERHINTERZIEHUNG

## Selbstanzeige? Singapur!

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble kämpft um sein Steuerabkommen mit der Schweiz. Kann er die Phalanx der rot-grünen Länder brechen?

**L**angsam wird es knapp, für Steuerhinterzieher wie für Steuerfahnder. Das Zeitfenster schließt sich in 162 Tagen. Am 1. Januar 2013 soll das Steuerabkommen zwischen der Schweiz und Deutschland in Kraft treten. Bis dahin bleibt den einen noch wenig Zeit, ihr Schwarzgeld irgendwo in der Welt zu verstecken. Und so lange können die anderen noch CDs mit Kundendaten kaufen – und danach Steuersünder zur Kasse bitten.

Am liebsten hätten die beiden Seiten jedoch, wenn das Steuerabkommen gar nicht Realität würde. Dann könnten sie weitermachen wie bisher, die emsigen Fahnder und ihre fintenreiche Kundschaft.

Denkbar ist auch dies. Seit gut zwei Jahren schwelt der Streit über Steuergerechtigkeit in Zeiten digitaler Datensätze, die im Nu kopiert und zur Handelsware werden. Und so unübersichtlich, so offen wie derzeit war die Frage wohl noch nie, ob der bilaterale Vertrag in Kraft tritt oder nicht.

Der Erste, der nach dem jüngsten Ankauf von Daten der Zürcher Coutts-Bank durch Wuppertaler Steuerfahnder Konsequenzen zog, war Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). Er will kein Geld mehr lockermachen für den Daten-

erwerb. Das Land Nordrhein-Westfalen, so die Botschaft, solle für seine teuren Einkäufe ab sofort allein aufkommen. „Da wir über die CD nicht informiert wurden, werden wir uns an den Kosten nicht beteiligen“, heißt es im Berliner Ministerium.

### Kostbare Silberlinge

Beschaffung geheimer Auslandsbankdaten durch das Land Nordrhein-Westfalen

**Juli 2000** Kundendaten des Liechtensteiner Treuhänders Herbert Batliner landen bei der Staatsanwaltschaft Bochum.

**Februar 2008** 4,6 Mio. € für 1400 Kundendaten der Liechtensteiner LGT (mit Hilfe des BND)

**März 2010** 2,5 Mio. € für Kundendaten der Credit Suisse, 1100 Ermittlungsverfahren

**Oktober 2010** 1,4 Mio. € für 220 Datensätze der Schweizer Privatbank Julius Bär

**Februar 2011** Fahnder finden bei einer Durchsichtung der Credit Suisse in Frankfurt a. M. 6000 Datensätze. Betroffen sind 3000 Deutsche („Bermuda-Lebensversicherungen“).

**Oktober 2011** 3 bis 4 Mio. € für eine CD mit 3000 Datensätzen der HSBC Luxemburg

**Juli 2012** 3,5 Mio. € für etwa 1000 Datensätze der britischen Coutts Bank in Zürich

Bei den Kollegen in Düsseldorf löst das Kopfschütteln aus. Wie üblich soll der Kauf im Bonner Bundeszentralamt für Steuern geprüft worden sein. Die Behörde gehört zum Bundesfinanzministerium.

Schäuble hat auf Kampfmodus geschaltet. Er will das Abkommen mit der Schweiz retten, alles andere wäre ein enormer Gesichtverlust für ihn – und für die Bundesrepublik. Es wäre der erste bilaterale Vertrag, der am Bundesrat scheitert.

Um das zu verhindern, muss Schäuble rot-grüne Ministerpräsidenten auf seine Seite ziehen – und damit deren Mehrheit im Bundesrat brechen. Im November soll die Länderkammer zustimmen, und ein Hebel könnte für den Finanzminister die klamme Kassenlage vieler Bundesländer sein. Vor allem jene, die kaum von der Enttarnung von Steuersündern profitieren, werden sich die Angebote aus Berlin anhören.

Es geht um bis zu zehn Milliarden Euro, verteilt auf Bund und Länder, die das Abkommen mit den Eidgenossen einbringen soll. So rechnet der Thüringer Finanzminister Wolfgang Voß (CDU) mit Einnahmen für seinen Haushalt bis zum Jahr 2020 von wenigstens 100 Millionen Euro. Sein niedersächsischer Amtskollege Hartmut Möllring (CDU) macht sich sogar Hoffnung auf 900 Millionen. „Gerade für die Länder, die bis 2020 einen klaren Konsolidierungskurs fahren müssen, sind kontinuierliche Einnahmequellen wichtig“, argumentiert Voß, und genau diese Quellen dürfe man jetzt nicht liegenlassen, weil man glaube, es sei noch mehr drin.

Schäubles Kunst wird in den kommenden Wochen darin bestehen, Landesregierungen, geführt von SPD, Grünen und

# Oh, wie schön ist Panama

Die renommierte Schweizer Privatbank Pictet nutzt eine Briefkastenfirma und ein ganz besonderes Steuerschlupfloch, um deutsche Millionäre als Kunden zu gewinnen.

Das Image der Genfer Privatbank Pictet ist blank geputzt wie die meisten Bürgersteige in der Schweiz. Steueraffären und Schlagzeilen überließ die 1805 gegründete Bank bisher anderen. Zum Lohn dafür stieg Nicolas Pictet zum Präsidenten der Vereinigung Schweizerischer Privatbankiers auf.

„Wir stehen besser da als viele Konkurrenten, weil wir gewisse Dinge nicht gemacht haben“, mit diesen Worten begründete Heinrich Adami den Aufstieg von Pictet zu einer der größten europäischen Privatbanken, die Vermögen von 290 Milliarden Euro betreut. Adami, Koordinator fürs Deutschland-Geschäft von Pictet, überließ es der Phantasie des Publikums, welche Produkte der Konkurrenz er meinte.

Doch offenbar sind „gewisse Dinge“ auch bei Pictet üblich. Deutsche Millionäre beglückt die Schweizer Bank mit aggressiven Steuersparmodellen, die bei vielen Finanzämtern bereits in Verruf geraten sind. Auch persönlich scheinen Pictet-Banker einiges von Steueroptimierung zu verstehen. Adami und seine Frau besetzen zwei der drei Direktoriums-

posten einer panamaischen Briefkastenfirma namens Odicel, über die Pictet hohe Provisions-

zahlungen schleust. Dem SPIEGEL liegt ein Abkommen zwischen der Luxemburger Tochter von Pictet und Odicel vor, nach dem die panamaische Firma der Bank „regelmäßig neue potentielle Kunden zuführt, die ein Konto eröffnen wollen und/oder ein Vermögensverwaltungsmandat erteilen“. Wenn die Bank mit Kunden Geld verdient, klingelt wohl oft auch im fernen Panama die Kasse. Laut Vertrag stehen Odicel 25 Prozent aller Verwaltungs- und Managementgebühren zu, die die Bank mit den Kunden verdient.

Auch bei den Handelsgebühren, die im Rahmen der Vermögensverwaltung für die internationale Kundschaft anfal-

len, kassiert die Firma im Schwarzgeldparadies kräftig mit. Es gibt Hinweise, dass tatsächlich Geld nach Panama geflossen ist und dass die Spitzen der Bank von den ungewöhnlichen Provisionszahlungen wussten.

Adami persönlich kümmerte sich um die Überweisungen. „Wärest Du so freundlich eine Überweisung von 480 000 Schweizer Franken auf das Konto von Odicel 657055 zu veranlassen.



Privatbankier Nicolas Pictet: Ungewöhnliche Provisionszahlungen

Wie mit Philippe Bertherat besprochen wäre das die einzige Zahlung für das Jahr 2010“, schreibt er etwa in einer internen E-Mail. Bertherat ist einer der persönlich haftenden Gesellschafter des Genfer Instituts. Auch Marc Pictet, ein weiterer Eigentümer, wusste über die Geldtransfers Bescheid.

Die Provisionszahlungen in Richtung Panama spielten kürzlich in einem Prozess vor dem Arbeitsgericht Frankfurt eine wichtige Rolle. Dort ging es darum, wem welche Boni zustehen. „Oh, wie schön ist Panama“, seufzte der Richter.

Bei der Frage, weshalb Pictet Provisionen nach Panama zahlt, verweist die Bank auf den speziellen Steuerstatus von Adami, der in Großbritannien resi-

diert. Einkünfte wie die aus Mittelamerika seien in England nicht steuerpflichtig. Die Gründung einer ausländischen Gesellschaft sei zwar nicht zwingend erforderlich, „sie ist aber bei Personen mit diesem Steuerstatus üblich“.

Auch für ihre Kunden stellt Pictet Steuersparprodukte der neuesten Generation bereit. „Gold-Bonds“ würden von der Bank in großem Stil an Steuer-sparer in Deutschland verkauft, hieß es in dem Prozess vor dem Frankfurter Arbeitsgericht.

In einem Memorandum ließ sich Adami im Sommer 2011 von Experten genauestens erklären, wie so ein Gold-Bond funktioniert. Danach muss ein steuerpflichtiger Deutscher lediglich in eine Personengesellschaft in London investieren, die mit Gold handelt. Schon könne er seinen Steuersatz in Deutschland auf null drücken.

Das Steuerwunder erklären Adamis Spezialisten mit einem einfachen Beispiel. Wer 2011 eine Million Euro in eine sogenannte Gold GbR anlegt, könne diesen Anschaffungspreis als Betriebsausgabe steuerlich voll als Verlust absetzen. Die negativen Einkünfte aus Großbritannien stehen dann dem positiven Einkommen in

Deutschland von beispielsweise einer Million Euro gegenüber.

„Auf null Euro Einkünfte beträgt der Steuersatz null“, fasst der Steuerexperte das Ergebnis des Steuertricks für den Einkommensmillionär zusammen, der damit weniger Steuern als seine Putzfrau zahlen muss. Wenn dann 2012 das Gold für beispielsweise 1,1 Millionen Euro verkauft wird, muss aus dem Geschäft in Großbritannien nur der Gewinn von 100 000 Euro auf der Insel versteuert werden. Das Geschäft habe aber dank einer Gesetzeslücke bei Spitzenverdienern keine zusätzliche Steuerbelastung in Deutschland zur Folge.

Hiesige Finanzbeamte kennen den Trick. Vor allem nach dem Verkauf ei-

FRED MERZ/REZO

ner Firma oder beim Kassieren einer hohen Abfindung werde damit häufig versucht, die Steuer in einem Jahr Richtung null zu drücken. Der Gesetzgeber habe das Problem erkannt und versuche, das Schlupfloch zu stopfen, meint der Chef einer Steuerbehörde. Im Inland sei eine solche Umgehung nicht mehr möglich. Beim Kauf von Wertpapieren ginge das auch im Ausland nicht mehr. Aber bei Edelmetallgeschäften im Ausland sei das formal nach wie vor erlaubt.

„Wir schießen aus allen Rohren dagegen“, sagt ein hoher Finanzbeamter. Auch das Bundesfinanzministerium ist aufgewacht und arbeitet an einer Klarstellung im Gesetz.

Dass hier die Steuerpflichten im Inland ziemlich dreist umgangen werden, schwante auch den Pictet-Experten.

Großer Koalition, von den Segnungen des Vertrags zu überzeugen, den er im vergangenen September mit seiner Schweizer Kollegin Eveline Widmer-Schlumpf unterschrieben hat.

Baden-Württemberg, mit seiner jahrelang geübten laxen Praxis im Umgang mit Steuerhinterziehern, galt vielen in der CDU als Wackelkandidat im Bundesrat. Doch sein sozialdemokratischer Finanzminister Nils Schmid hält sich bislang an die Parteilinie, die auch von SPD-Chef Sigmar Gabriel und dem Finanzexperten der Bundestagsfraktion, Joachim Poß, vertreten wird. Der Vertrag weise trotz aller Nachverhandlungen noch immer „Schlupflöcher aus, groß wie Scheunentore“, kritisiert Schmid.

Den größten Webfehler sieht Schmid darin, dass Schwarzgelder, die von Schweizer Konten bis zum 1. Januar 2013 ins Ausland transferiert werden, nicht

ausgeschlossen. Finanzministerin Widmer-Schlumpf musste sich bereits erhebliche Kritik gefallen lassen, sie habe schlecht verhandelt mit den Deutschen. Die Sache ist verfahren – auch in der Schweiz.

Dabei hätten deren Banken das Abkommen dringend nötig. Der überwiegende Teil der Geldhäuser will weiße Geschäfte betreiben, nicht mehr als Hort der schwarzen Kassen und illegalen Vermögen gelten. Sie stehen hinter ihrer Regierung in Bern, die Fluchtkapital nicht mehr länger Asyl gewähren will.

Zugleich gibt es erste Opfer des Strukturwandels. Dutzende kleiner Privatbanken stehen zum Verkauf. Die „Aargauer Zeitung“ titelte kürzlich gar „Ausverkaufsstimmung bei Schweizer Privatbanken“. Das älteste Geldinstitut der Schweiz, die feine Privatbank Wegelin, hat es bereits getroffen. Wegen einer Anklage in den USA – es ging um Steuerergehen – musste sie aufgelöst werden. Die Unternehmensberatung Booz & Company hat errechnet, dass die Erträge Schweizer Privatbanken bis 2014 um 46 Prozent einbrechen können.

Da mag es kaum erstaunen, dass sich nicht alle Geldhäuser an die Weißgeld-Strategie halten. Wer sich partout nicht selbst anzeigen will, wer weiterhin sein Vermögen dem Zugriff des Fiskus entziehen will, der findet immer noch willige Helfer. Ein Banker, der anonym bleiben möchte, schafft seit gut zwei Jahren, seitdem das Steuerabkommen diskutiert wird, Millionen für deutsche Klienten aus der Schweiz. „Wir haben es mit einer Klientel zu tun, die es vorzieht, keine Steuern zu zahlen“, sagt der Banker. Bevorzugtes Ziel sei Singapur. Von den Emiraten rät der Experte derzeit ab: „Zu viel Drogengeld, zu viele Russen, und überhaupt haben die Unruhen im arabischen Raum gezeigt, dass das keine verlässlichen Staaten sind.“

Wem auch Singapur zu unsicher ist, dem glaubt der Banker trotzdem helfen zu können. „Die Banken in Shanghai gehören zum größten Teil dem chinesischen Staat. Spätestens da ist für deutsche Steuerfahnder Endstation.“

Das Risiko für die Anleger heißt deshalb auch nicht Shanghai, sondern Zürich. „Wer heute sein Geld aus der Schweiz in vermeintlich sichere Destinationen schafft, muss zehn Jahre lang mit der Aufdeckung rechnen“, erklärt Karsten Randt, Steuerfachanwalt der Bonner Kanzlei Flick, Gocke, Schaumburg. Denn so lange müssten Schweizer Banken die Daten ihrer Kunden speichern.

Und Randt rechnet mit einer weiteren Lockerung des Schweizer Bankgeheimnisses. Über kurz oder lang werde sich auch die Schweiz an die strengen Kriterien der OECD halten: „Der Damm ist gebrochen, es gibt keinen Weg zurück.“

MARKUS DETTMER, BARBARA SCHMID



Skyline von Singapur: „Eine Klientel, die es vorzieht, keine Steuern zu zahlen“

„Wer solche Gestaltungen anwendet, sollte wissen, dass Auseinandersetzungen mit der Finanzverwaltung in absehbarer Zeit mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten sind“, heißt es in dem Memorandum an Adami.

In einer Stellungnahme schreibt Pictet, dass die Goldinvestments nicht aktiv an Kunden vertrieben wurden. „Vielmehr wurden sie für eine Gruppe von Investoren auf Anfrage arrangiert“, heißt es. Verschiedene Rechtsgutachten renommierter Kanzleien hätten „die rechtliche Unbedenklichkeit dieser Investments“ attestiert.

In der Schweiz läuft das unter dem Sammelbegriff „Weißgeldstrategie“.

CHRISTOPH PAULY

nachversteuert werden müssen: „Wichtigster Kritikpunkt bleibt die Abschleicherregelung.“ Diese gibt deutschen Steuerhinterziehern Zeit, ihr Geld in andere Steueroasen zu verschieben. Zudem ist den Sozialdemokraten der Einstiegssteuersatz von 21 Prozent auf Schwarzgeld in der Schweiz zu niedrig. „Unter 25 Prozent sollte er nicht liegen“, sagt Schmid.

Norbert Walter-Borjans, Wortführer der SPD-Länder und als NRW-Finanzminister Haupteinkäufer von CDs, ist der Überzeugung, das Abkommen belohne die großen Steuerkriminellen zu Lasten der ehrlichen Steuerzahler. Wie viele seiner Parteigenossen hält er auch die Auskunftspflichten der Schweizer gegenüber den deutschen Behörden für nicht ausreichend.

Dass die Schweizer Regierung zu weiteren Zugeständnissen bereit ist, gilt als